

R E S O L U T I O N

Keine Kürzungen bei der psychischen Gesundheit!

Honorarkürzungen um 4,5 Prozent sind ein Frontalangriff auf die ambulante Versorgung

Es ist ein beispielloser Vorgang: Die Krankenkassen fordern Einsparungen - und der Erweiterte Bewertungsausschuss hält es für einen akzeptablen Kompromiss, die Vergütung der ambulanten psychotherapeutischen Leistungen gegen die Stimmen der KBV um 4,5 Prozent abzusenkten.

Wie kann das sein? Kein anderer gesellschaftlicher Bereich in Deutschland würde derzeit auch nur eine Nullrunde akzeptieren!

Wie alle Praxen haben auch die psychotherapeutischen Praxen mit Kostensteigerungen und Inflation zu kämpfen. Es gibt - auch angesichts der weltpolitischen Krisen - eine hohe und weiter steigende Nachfrage nach psychotherapeutischen Leistungen.

Studien zufolge benötigen neben der wichtigen Versorgung erwachsener psychisch Erkrankter zunehmend eine große Anzahl von Jugendlichen und Kindern eine psychotherapeutische Behandlung. Und in dieser Situation wollen die Krankenkassen die ambulante psychotherapeutische Versorgung strukturell schwächen?

Diese Honorarkürzung ist nicht nur ein Angriff auf die Strukturen der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung. Von den Krankenkassen ist bereits die Rücknahme der Entbudgetierung der Hausärztinnen und Hausärzte sowie Kürzungen im fachärztlichen Bereich gefordert. **Demnach geht es zurzeit um Angriffe auf den gesamten ambulanten Versorgungsbereich, obwohl die ambulante Versorgung eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige und effiziente Behandlung bietet und nicht der Kostentreiber im Gesundheitswesen ist.**

Die in der KV Hamburg organisierten Fachgruppen werden sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir werden nicht akzeptieren, dass einzelne Fachgruppen herausgegriffen und deren Honorare willkürlich und entgegen der Versorgungserfordernisse gekürzt werden.

Deshalb fordert die Vertreterversammlung der KV Hamburg:

- Rücknahme des Beschlusses des Erweiterten Bewertungsausschusses zur Abwertung psychotherapeutischer Leistungen!
- Keine willkürlichen Honorarkürzungen!
- Kein weiterer Abbau der ambulanten Versorgung!